



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Dr. Martin Huber, Josef Zellmeier, Sylvia Stierstorfer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Karl Freller, Petra Guttenberger, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Dr. Petra Loibl, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Martin Schöffel, Bernhard Seidenath, Dr. Ludwig Spaenle, Peter Tomaschko CSU

Keine Diskriminierung der deutschen Minderheit in Polen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass das Übereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten jegliche Diskriminierung einer Person wegen Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit verbietet. Ferner verpflichtet es die Mitgliedstaaten zum Schutz der Freiheitsrechte und zu umfänglichen Fördermaßnahmen zugunsten der nationalen Minderheiten. Weiter stellt der Landtag fest, dass darüber hinaus traditionell in einem Staat gesprochene Minderheiten- und Regionalsprachen durch die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen als bedrohter Aspekt des europäischen Kulturerbes geschützt und gefördert werden.

Der Landtag bedauert vor diesem Hintergrund die vom Parlament der Republik Polen beschlossene Kürzung der Finanzmittel für den muttersprachlichen Unterricht der deutschen Minderheit in Polen und die damit verbundene Reduzierung der Stundenzahl für diesen Unterricht.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, auf den Bund hinsichtlich einer Erörterung der Problematik und einer raschen und konstruktiven Lösungsfindung hinzuwirken. Ein geeignetes Format hierfür könnte der Runde Tisch zu Fragen der Förderung der deutschen Minderheit in Polen und der polnischstämmigen Bürger in Deutschland sein, in deren Rahmen auch die Anliegen der – nicht autochthonen – polnischen Community hierzulande zu berücksichtigen und zu behandeln wären.

Gleichzeitig wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen des bayerisch-polnischen Dialogs diese Problematik weiter zu thematisieren und für eine konstruktive Lösung zu werben.

Begründung:

Das polnische Parlament hat Mitte Dezember 2021 die Mittel für den muttersprachlichen Unterricht der in Polen als national anerkannte deutsche Minderheit lebenden Bürger um knapp ein Fünftel gekürzt. Der polnische Bildungsminister Przemyslaw Czarnek

wies zur Begründung auf angebliche Defizite bei der Unterstützung der polnischen Gemeinde in Deutschland hin. Für den muttersprachlichen Deutschunterricht stehen damit 40 Mio. Zloty, knapp zehn Mio. Euro, weniger aus dem polnischen Staatshaushalt zur Verfügung. Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten sowie die Charta zum Schutz von Regional- und Minderheitensprachen gewähren der deutschen Minderheit in Polen einen entsprechenden Anspruch auf Unterstützung. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung des polnischen Parlaments bedauerlich. Es erscheint zielführend, im Zuge von Gesprächen zur Korrektur dieses Zustandes auch die seit Jahren erhobenen polnischen Forderungen mit Blick auf die in Deutschland lebenden polnischen Bürger zu behandeln, da diese Problematik in Polen immer wieder auch vor dem Hintergrund der Rechte der deutschen Minderheit in Polen diskutiert wird – und somit de facto eine Art Junktim besteht. Zur Erörterung und Klärung dieser Problemkreise gilt es daher die dafür zuständige Bundesebene zu aktivieren und um konstruktive Lösungsvorschläge zu bitten. Auch die Staatsregierung sollte im Rahmen des bayerisch-polnischen Dialogs auf eine konstruktive, die Belange aller Beteiligten einbeziehende Lösung hinwirken, die die Rechte der autochthonen deutschen Minderheit in Polen und die Interessen der polnischstämmigen Bürger in Bayern und Deutschland berücksichtigt.